

Protokoll über die Online-Video-Konferenz des Fachausschusses „Bau, Klima, Umwelt und Verkehr“ des Stadtteilbeirats Findorff am 08.12.2020

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 21.15 Uhr

Nr.: XIII/9/20

Teilgenommen haben:

Frau Hille Brünjes
Herr Marcel Gaytan Manriquez
Herr Ulf Jacob
Herr Oliver Jäger
Herr Oliver Otwiaska
Herr Janos Sallai
Herr David Theisinger
Herr Christian Weichelt

Verhindert ist:

Gäste:

Herr Fritschen - Leiter Recyclinghof
Herr Dr. Vater - Die Bremer Stadtreinigung
Frau Spanier - SKUMS, Ref. 63, Planung/Bauordnung Bezirk West

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

**TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr.: XIII/6/20 vom 07.10.2020,
Nr.: XIII/7/20 vom 13.10.2020 sowie Nr.: XIII/8/20 vom 10.11.2020**

**TOP 3: Recyclinghof - Auswirkungen des Beschlusses der Bremer
Stadtreinigung vom 25.11.2020**

Dazu: Herr Fritschen, Leiter Recyclinghof
Herr Dr. Vater, Die Bremer Stadtreinigung

TOP 4: Plantage - Stand der Planung und Perspektiven

Dazu: VertreterIn der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität,
Stadtentwicklung und Wohnungsbau

TOP 5: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

nicht öffentlich:

TOP 7: Baugenehmigungsverfahren im Stadtteil

TOP 1: Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Fachausschuss ist beschlussfähig. Die Tagesordnung wird wie vorab versandt beschlossen.

**TOP 2: Genehmigung der Protokolle Nr.: XIII/6/20 vom 07.10.2020
Nr.: XIII/7/20 vom 13.10.2020 sowie Nr.: XIII/8/20 vom 10.11.2020**

Die o. a. Protokolle liegen vor. Die Genehmigung erfolgt einstimmig.

**TOP 3: Recyclinghof - Auswirkungen des Beschlusses der Bremer Stadtreinigung
vom 25.11.2020**

Herr Dr. Vater und Herr Fritschen berichten zum aktuellen Sachstand des Recyclinghofes und der Recyclingstation. Herr Dr. Vater stellt den Entwicklungsplan für 2024 vor (Anlage 1).

- Aktuell hat die Recycling Station montags, donnerstags und samstags von 09.00 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet. Eingeschränkt sind die Öffnungszeiten bis voraussichtlich 31.01.2021 aufgrund der höheren Fehlzeiten der Mitarbeiter durch Covid-19. Je nach Pandemie-Verlauf soll der Betrieb ab Februar zu den regulären Arbeitszeiten öffnen. Neues Personal soll in 2021 auch dazukommen.
- Ziele: Kostenstabilität, CO₂-Reduzierung, Servicequalität steigern, Arbeitsbedingungen verbessern
- Die Projektarbeit bestand aus einer Ist-Stand Analyse mit externer Begleitung, sowie Internet-Recherchen, Umfragen bei den 30 größten deutschen Städten und Besuche von modernen Recycling-Stationen. Auch wurden Gespräche mit der Bremer Recycling-Initiative geführt. Dabei wurden Alternativen ausgearbeitet, die in der Netzwerkanalyse verglichen werden sowie eine Sonderauswertung für Grünabfallsammlung, Öffnungszeiten, Schadstoffsammlung und Kleingewerbe angefertigt.
- Anforderungen an moderne Recycling-Stationen sind: gute Erreichbarkeit, Vollsortimenter, Abgabeergonomie, Eingangskontrolle, getrennte Fahrwege, ein Dach, Umweltschutz/Containertransporte, Umweltschutz/Wiederverwendung und eine gute Steuerung.
- Aktuell gibt es in Bremen 15+1 Recycling-Stationen. Verschiedene Varianten wurden im Entwicklungsplan 2024 geprüft: Bei der Variante 7+1 würde die Station Findorff wegfallen, bei Variante RS 4 würden vier Stationen voll neu ausgebaut, die Blockland Deponie bleibt für den Bremer Westen erhalten. Alternativ zur 7+1 Variante wurde die Modern+Grün Variante mit eingebracht, in welcher die Betriebe in 2 Recycling-Center, 7 Recycling-Stationen mit Vollsortiment und 7 Grün-Stationen aufgeteilt werden. Somit wird keine Station komplett geschlossen.
- Kriterien für die Netzwerkanalyse sind Wirtschaftlichkeit, Kundenfreundlichkeit, Umweltverträglichkeit, Personal und operativer Betrieb. Im Vergleich liegt Modern+Grün auf dem dritten Platz, jedoch hat diese Variante am besten in punkto Kundenfreundlichkeit abgeschnitten. Modern+Grün kostet 1,3 Mio. € mehr als 7+1, hat jedoch die Kundenfreundlichkeit im Fokus.
- Bis 2022 soll die Recycling-Station in Findorff zur Grün-Station umgewandelt werden.
- Kritik: Widersprüche in der CO₂ Messung, illegale Müllablagerungen werden nicht berücksichtigt, rein Betriebswirtschaftlich orientiert, Schwerpunkte nur auf PKWs, allgemeines Verfahren und kein wissenschaftliches, Nachteile werden nicht wirklich benannt und die Aussagekraft der Zahlen fehlt.
- Der Ausschusssprecher und weitere Ausschussmitglieder machen deutlich, dass das Angebot der Recycling-Station Findorff in vollem Umfang erhalten bleiben muss. Die geplanten Einschränkungen kommen einer Teilschließung gleich, die der Beirat nicht hinnehmen wird. Die Möglichkeit für die Bürger*innen, Wertstoffe wohnortnah auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad abzugeben, ist wichtig für möglichst hohe Recycling-Quoten und für die Sauberkeit im Stadtteil. Bei einem verringerten Angebot wird eine verstärkte Entstehung wilder Müllablagerungen in Grünflächen und an Straßenrändern befürchtet. Außerdem würde die Nutzung weiter entfernter Recyclingstationen voraussichtlich zu einem deutlich höheren Aufkommen an Autoverkehr führen. Weitere

Wege benachteiligen zudem die Menschen, die keinen PKW haben. Die vier Kilometer entfernte Blockland-Deponie ist zum Beispiel zu Fuß und mit dem Rad nur schlecht erreichbar.

- Der Fachausschuss äußert die Sorge um die Gröpelinger Recycling Initiative (GRI), die Betreiberin des Recyclinghofes, und deren Mitarbeiter. Herr Fritschen kann noch keine genaue Abschätzung vornehmen, aber der Recycling-Hof steht in Kontakt zur DBS. Die Öffnungszeiten des Hofes werden nicht von der DBS koordiniert, sondern von der GRI selbst.
- Die DBS geht nicht von einer Zunahme von illegalen Müllablagerungen aus. Findorff ist eine sehr aufwendige Station. Wenn diese eine extra Zuwendung bekäme, würden auch andere Stadtteile diese Zuwendung verlangen. Außerdem bleibt der Betrieb geöffnet insbesondere für Kleingärtennutzer, die mit dem Fahrrad kleine Mengen an Grünabfall entsorgen wollen. Sperrmüll muss in der Regel von der Stadtreinigung abgeholt werden oder mit dem PKW transportiert werden. Dafür ist die Blockland Deponie in 2022 zuständig. Die Kosten für die Bewohner bleiben in allen Bereichen gleich. Die Kriterien sind transparent und gleich gewichtet. Die die Nutzwertanalyse kann leider nicht in schriftlicher Form ausgehändigt werden.
- Der Beirat wird seitens der DBS um eine Stellungnahme bis Ende März 2021 gebeten.

TOP 4: Plantage - Stand der Planung und Perspektiven

Frau Spanier berichtet über die Entwicklungspläne für die Plantage. Seit 2014 ist der Aufstellungsbeschluss für das Areal in Kraft, doch die Entwicklung des Gebiets ist bisher nicht sehr weit vorangekommen. Der Aufstellungsbeschluss lässt großflächigen Einzelhandel nicht mehr zu. Insbesondere sollen dort keine Spielhallen, Wettbüros o.ä. angesiedelt werden. Bei einem Treffen mit den Eigentümern wurden Ideen und Projekte gesammelt und eine Planung von zwei Wohnhäusern mit Gewerbefläche erstellt.

2021 wird ein neuer Rahmenplan erstellt und durch eine Studie die Grundlagen für einen Bebauungsplan überprüft. Die Erschließung der Straßen soll verbessert werden. Die Nutzungsgruppen in diesem Areal sollen angesprochen werden mit dem Ziel, eine kulturelle, soziale und gewerbliche Nutzung in Verbindung mit Kreativwirtschaft und einer Wohnbebauung zu fördern.

Die Idee einer Quartiersgarage wurde 2014 den Eigentümern vorgelegt, diese haben das Projekt jedoch abgelehnt. Der Fachausschuss beabsichtigt, das Thema Quartiersgaragen erneut anzusprechen.

Frau Spanier unterstreicht das große Potential des Gebietes. Jedoch ist das zuständige Referat der Stadtplanung mit 2 ½ Stellen unterbesetzt. Daher rückt die Plantage oft in den Hintergrund. Über die Ergebnisse der Studie und die weitere Entwicklung im nächsten Jahr wird der den Beirat informiert.

TOP 5: Entscheidungsbedarfe in Stadtteilangelegenheiten

Fahrradbügel in der Schwarzburger Straße:

Dem Ortsamt liegt ein Widerspruch der Antragsteller gegen den Beschluss des FA aus der letzten Sitzung vor, die Kosten für Fahrradbügel nicht aus dem Stadtteilbudget zu übernehmen. Das Ortsamt hat erneut Rücksprache mit dem ASV gehalten. Von dort wurde bestätigt, dass der FA Bau in der Entscheidung über den Einsatz des Stadtteilbudgets völlig frei ist, solange es sich um Verkehrsbelange handelt. Es besteht nach Auskunft des Amtes für Straßen und Verkehr kein Anspruch der Anwohner auf eine bestimmte gewünschte Verwendung.

Der FA unterstreicht noch einmal, dass der Fahrradverkehr ausgebaut werden und gefördert werden soll. In der Schwarzbürger Straße jedoch sieht der FA einen Interessenkonflikt der Nachbarn ohne eine gemeinsame Einigung auf Stellplätze, bei denen keine Parkplätze verloren gehen. Zudem wurde vom ASV bestätigt, dass die vorgeschlagenen Varianten nicht zulassungsfähig wären.

Der FA ist bereit, den Fahrradverkehr auch mit der Aufstellung von Fahrradbügeln auf Antrag zu fördern, wenn ein Konsens unter den direkten Nachbarn herrscht und der Platz durch das ASV genehmigungsfähig wäre. Grundsätzlich sollte eine Bremenweit einheitliche Regelung der Aufstellung von Fahrradbügeln angestrebt werden.

Der FA spricht sich mehrheitlich dafür aus, die Entscheidung beizubehalten. Das Ortsamt wird gebeten, den Antragstellern die Entscheidung mitzuteilen und darauf hinzuweisen, dass ein Widerspruch nicht das geeignete Rechtsmittel war.

Antrag auf Quartiersgaragen:

Durch die SPD wird ein Antrag auf den Bau einer Quartiersgarage eingebracht. (Anlage 2)

Als Begründung wird vorgebracht, dass alternative Parkmöglichkeiten durch das Wegfallen von Parkplätzen zunehmen wichtiger werden. Stellplätze für E-Autos werden benötigt und die alternative Mobilitätsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Es werden konkrete Flächen benötigt. Im Areal Plantage gäbe es eine Möglichkeit für den Bau. Ein alternatives Konzept wäre ein Mobilitätshaus, mit Angeboten, z.B. auch für Radfahrer.

Der Fachausschuss spricht sich mehrheitlich für den Antrag aus. Es sollen jedoch bis zur nächsten Sitzung noch kleinere Anpassungen vorgenommen werden. Eine Abstimmung soll im Umlaufverfahren erfolgen.

Finanzierung des Asphaltstreifens in der Plantage:

Der Asphaltstreifen, für einen neuen Fahrradweg in der Plantage auf der gegenüberliegenden Seite, wird aufwendiger herzustellen sein und wird dementsprechend teurer. Das ASV rechnet mit ungefähr 50.000,00 Euro. Aktuell wird überprüft, inwiefern durch Hansewasser eventuell ohnehin der Kanal erneuert werden muss. Hansewasser würde in diesem Fall die Kosten tragen. Sollte dies nicht der Fall sind, muss der FA die Kosten aus dem Stadtteilbudget übernehmen. Der FA spricht sich einstimmig für die Übernahme der Kosten aus, wenn dieses erforderlich sein sollte.

Klimazone Stadtgarten Antrag:

Der Antrag wird grundsätzlich einstimmig begrüßt.

Der FA erwartet eine konkrete Ausarbeitung und wird das Thema dann erneut auf die Tagesordnung setzen. Detailfragen, wie der Antrag auf Zwischennutzung, müssen geklärt werden. Dies soll dem Fachausschuss in einer späteren Sitzung vorgestellt werden.

Antrag Baumarkt für Findorff (in Walle) (Anlage 3)

Der Antrag der FDP für einen Baumarkt wird einstimmig angenommen. In Findorff fehlt ein Vollsortiment für den Baubedarf. Das Konzept soll mit SKUMS und dem Wirtschaftsressort bearbeitet werden. Das Thema soll auch im FA WIKIS behandelt werden.

Vordächer in der Hemmstraße:

Dem Ortsamt wurde von Anwohnern mitgeteilt, dass einige Läden in der Hemmstraße Überdachungen aufgestellt haben, um die Kunden während der langen Wartezeiten nicht im

Regen stehen zu lassen. Durch die coronabedingten Einschränkungen dürfen derzeit nur wenige KundInnen gleichzeitig die Läden betreten. Die Geschäftsleute hoffen damit, das Ausweichen der KundInnen auf den Onlinehandel zu vermeiden. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Anfrage konnte das Ortsamt noch nicht klären, inwiefern eine Genehmigung für den Aufbau vorlag. Laut Aussage der Vorsitzenden der Findorffer Geschäftsleute e.V. sei dieses der Fall. Das Ortsamt wird die Anfrage weiterverfolgen und auch die Dauerhaftigkeit der Überdachungen sowie Beleuchtungsmöglichkeiten.

Planungen im Gewerbegebiet Kohlenstraße/ Walle

Aus dem Waller Beirat wurden auf Initiative der Betriebe im Gewerbegebiet Kohlenstraße Überlegungen aufgenommen, dort Einbahnstraßen so einzurichten, dass mit einer Zunahme des Verkehrs in Findorff (Hemmstraße, Kastanienstraße, Münchner Straße) gerechnet wird. Das Ortsamt wird Kontakt zum Beirat Walle aufnehmen, um die Pläne dem Findorffer FA Bau mitzuteilen und ggfs. das Amt für Straßen und Verkehr anschreiben.

Maßnahme an der Herbststraße:

Vertagt auf die nächste Sitzung

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

Bereits durch das Ortsamt an die Mitglieder des Beirates per E-Mail versandt:

- Findorffstraße, zw. Friedrich-Rauers-Straße und Plantage, Brückenreparatur, Sicherung der Arbeitsstelle.
- Schrottrrad-Sammeltour am 24.04.2020 in Findorff-Bürgerweide und –Regensburger.
- Klimazone, Projekt Verpackung-Mehrweg, Zwischenstand.
- Das Ortsamt wird gebeten, sich bezüglich der Verkehrsregelungen in der Kohlenstraße nach den weiteren Plänen zu erkundigen. Der FA möchte eine Einbahnstraße Richtung Findorff vermeiden.

Vorsitz/Protokoll:

Sprecher:

Protokoll:

- Christina Contu -

- Ulf Jacob -

- Ekaterina Michel -